

Inhaltsverzeichnis

I. Die Fragestellung des Gutachtens	11
II. Die rechtlichen Grundlagen der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Freistaat Thüringen	13
1. Die Grundsätze der Einnahmebeschaffung	13
2. Die nach dem ThürKAG beitragsfähigen Maßnahmen	13
3. Der beitragsfähige Aufwand	14
4. Der zeitliche Rahmen	15
III. Der Ausgangspunkt der Diskussion: Die Rechtsprechung des ThürOVG	18
1. Das Benschhausen-Urteil des ThürOVG vom 31.5.2005	18
2. Der Beschluss des ThürOVG vom 29.9.1999	21
3. Das Urteil des ThürOVG vom 11.6.2007	21
IV. Bisherige Lösungsansätze der Politik	22
1. Die „Reparaturlösung“, die auf einer Stichtagsregelung aufbaut – sog. Modell A	22
2. Das Systemwechsel-Modell – sog. Modell B	23
3. Die Vorschläge der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE	24
4. Die sog. modifizierte Stichtags- und Ermessensregelung	25
V. Der rechtliche Rahmen für die Erhebung von Beiträgen durch Thüringer Gemeinden	27
1. § 7 Abs. 1 S. 3 ThürKAG als Ausgangspunkt	27
2. Die Ermessensbindung der Verwaltung bei sog. Sollvorschriften	27
a. Die Bedeutung von Sollvorschriften in der verwaltungsrechtlichen Dogmatik	27
b. Die einer Sollbestimmung aufgegebenen Grenzen	28
c. Zwischenfazit	29
3. Das Benschhausen-Urteil des ThürOVG im Lichte der dargestellten dogmatischen Vorgaben	29
a. Erste Erkenntnis: Die Bedeutung des Gesetzmäßigkeitsprinzips	29
	7

b. Zweite Erkenntnis: Das Urteil des ThürOVG wirkt nur zwischen den Parteien	30
c. Folgerungen	31
 VI. § 7 Abs. 1 S. 3 ThürKAG im Lichte des Faktors Zeit: Rechtfertigung für eine Durchbrechung des Gesetzmäßigkeitsprinzips?	33
1. Der Grundsatz von Treu und Glauben: Ein für die Auslegung von § 7 Abs. 1 S. 3 ThürKAG heranziehbarer Rechtsgrundsatz?	34
2. Die Verwirkung als besondere Ausprägung des Grundsatzes von Treu und Glauben	35
3. Die Voraussetzungen der Verwirkung mit Blick auf das Straßenausbau-beitragsrecht	37
a. Das Vertrauendürfen auf die Nicht-Geltendmachung eines Rechts	37
aa. Die Nichtgeltendmachung von Rechten aufgrund Zeitablaufs	38
bb. Das Vertrauen in den vorliegend näher zu beleuchtenden Problemfällen	39
(1) Die Irrelevanz des Einwands zu langsamen Verwaltungs-handeln	39
(2) Die Irrelevanz von Äußerungen von Gemeindevertretern	40
(3) Der Ausschluss der Verwirkung im Hinblick auf Beitragssatzungen	41
(4) Der Ausschluss der Verwirkung mit Blick auf die Beitragserhebung	41
cc. Zwischenfazit	42
b. Der Vertrauenstatbestand	42
c. Das Vertrauensverhalten	44
d. Zwischenfazit	44
e. Insbesondere: Der Vorrang des Gesetzmäßigkeitsprinzips	44
f. Die Möglichkeit einer Reduzierung des Beitragssatzes	47
g. Folgerungen für die Kommunalaufsicht	48
4. Zwischenfazit	49
5. Exkurs: Der Vertrauensschutz in seiner europarechtlichen Ausformung	49
a. Der Vertrauensschutz im Europäischen Gemeinschaftsrecht	50
b. Die überlange Verfahrensdauer im Europarecht	51
c. Zwischenfazit	53
 VII. Die Strafbarkeit von Amtsträgern der Gemeinden	55
1. Tatbestand	55
2. Die Verpflichtung zur Wahrnehmung von Vermögensinteressen der Gemeinde	55
3. Die Treupflicht	57

4. Die Verletzung der Treupflicht	57
5. Der Nachteil	57
6. Der subjektive Tatbestand	59
7. Die Reichweite der Vermögensbetreuungspflicht	62

VIII. Amtshaftungsaspekte 63

1. Das Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes	63
2. Die Amtspflichtverletzung	64
3. Die Drittbezogenheit der Amtspflicht	64
a. Die Pflicht zum Erlass einer Straßenausbaubeitragsatzung	65
b. Die Pflicht zum Erlass von Beitragsbescheiden	65
c. Die Gesamtheit der Steuerzahler als potentiell Geschädigter	66
4. Das Verschulden	66

IX. Möglichkeiten der Erleichterung für von Beitragsbescheiden besonders betroffene Bürger 69

X. Optionen für eine bürgerfreundliche Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts im Freistaat Thüringen 71

1. Die Erhöhung des Förderanteils	71
2. Die Vorverlagerung des Beginns der Festsetzungsverjährung	73
3. Die Ersetzung der Beitragsfinanzierung durch andere Finanzierungsarten	74
4. Die gesetzliche Inpflichtnahme bislang untätiger Gemeinden	74
5. Die Finanzierung von Straßenausbaubeiträgen über Grundsteuern	75
a. Die Grundsteuer	75
b. Politische Erwägungen	76
c. Verfassungsrechtliche Erwägungen	77
6. Die soziale Dimension des Straßenausbaubeitragsrechts	79
7. Der Aspekt wiederkehrender Beiträge	81
a. Die Vorgaben für die Bildung einer Abrechnungseinheit	81
b. Die rückwirkende Einbeziehung des Investitionsaufwandes der Vorjahre	84
8. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen „nach Maßgabe der Kassen- bzw. Finanzlage“	85
9. Die Einräumung von Ermessen im Hinblick auf das „Ob“ der Beitrags-erhebung	87
10. Die Option der Abschaffung der Erneuerungsbeiträge	89
11. Die Beschränkung der Beitragserhebung auf Nebenanlagen	91

12. Weitere Optionen: Erlass, Festsetzung von Höchstsätzen und Zuschussgewährung	91
a. Der Erlass	91
b. Die Verankerung von Höchstsätzen	92
c. Die Zuschussgewährung	97
13. Der Sonderfall der ungetrennten Hofräume	97
 XI. Zusammenfassung des Gutachtens in Thesen	 99
 Literaturverzeichnis	 109